

Julika Sandt
Direktkandidatin der F.D.P. München-Süd
Vorstandsmitglied F.D.P. München
www.julika-sandt.de

Zu 1. Privat statt Staat

Julika Sandt: Der Staat sollte nur dort unterstützend eingreifen, wo es unbedingt nötig ist. Unser langfristiges Ziel ist, die Staatsquote von knapp 50 auf unter 40 Prozent zurück zu fahren. Dazu müssen wir Subventionen abbauen und die Sozialsysteme reformieren.

Zu 2. Bürokratieabbau

Julika Sandt: Die FDP fordert einen Bürokratiekosten-TÜV, mit dem Ziel, neue Gesetze und Vorschriften auf ihre Kosten, Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und Bürgerfreundlichkeit zu überprüfen. Der Vorschlag des BVMW, alle Gesetze nach drei Jahren zu prüfen, erinnert stark an unser Anliegen, Gesetze entweder auf fünf Jahre zu befristen oder nach fünf Jahren auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen. Übereinstimmung sehe ich zudem in der Ablehnung des Antidiskriminierungsgesetzes – so weit es über die Anforderungen der Europäischen Union hinausgeht. Eine Freigabe der Ladenöffnungszeiten finde ich sinnvoll. Ich könnte mir vorstellen, dass gerade in der Region München die Fussball-WM 2005 ideale Chance für eine Testphase böte.

Zu 3. Steuerreform

Julika Sandt: Steuergerechtigkeit und -vereinfachung ist auch eines der zentralen Anliegen der FDP. Wir wollen Steuer-Schlupflöcher schließen und mit niedrigen Steuersätzen Wachstum und Investitionen in Deutschland fördern. Unternehmen, ob Kapitalgesellschaft oder Personenunternehmen, sollten maximal 25 Prozent an den Staat abführen. Auch hier entsprechen die Forderungen des BVMW unserem Programm. Die Gewerbesteuer wollen wir abschaffen, weil sie den Mittelstand zu stark belastet. Die Erbschaftsteuer auf Betriebsvermögen soll bei Fortführung des Unternehmens jedes Jahr um zehn Prozent reduziert. Alles in allem wollen wir kleine und mittlere Unternehmen erheblich entlasten. Die deutsche Wirtschaft muss wieder fit gemacht werden für den internationalen Wettbewerb. Davon profitieren auch die Arbeitnehmer.

Zu 4. Arbeitsmarkt entfesseln

Julika Sandt: Die FDP will das Tarifkartell aufbrechen und betriebliche Bündnisse für Arbeit ermöglichen. Die Mitarbeiter wissen am besten, was für den Betrieb und den Erhalt von Arbeitsplätzen gut ist. Wenn sich 75 Prozent der Belegschaft anders entscheiden als Gewerkschafts-Funktionäre, sollte man ihre Entscheidung respektieren, statt die Arbeitnehmer zu entmündigen.

Den Schutz vor willkürlichen Kündigungen regelt das Bürgerliche Gesetzbuch. Der darüber hinausgehende Kündigungsschutz ist vor allem für kleine Unternehmen ein Einstellungshemmnis. Unserer Ansicht nach soll das Kündigungsschutzgesetz erst ab 50 Mitarbeitern im Betrieb gelten und vier Jahre nach Beginn des Arbeitsverhältnisses einsetzen.

Die Voraussetzung für einen flächendeckenden Einstieg in die kommunale Trägerschaft bei der Vermittlung von Arbeitslosen wollen wir schaffen, indem wir Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit an die Job-Center in kommunaler Trägerschaft übertragen.

Zu 5. Soziale Sicherung

Julika Sandt: Wir fordern auch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit, orientieren uns dabei aber nicht an einem Rentenbeginn mit 65 sondern an 45 Jahren Beitragszahlung für die Rentenversicherung. Dazu will die FDP das Berufseintrittsalter senken: durch zwölf Schuljahre bis zum Abitur, Aussetzung der Wehrpflicht, flexiblere Einschulung und kürzere Ausbildungszeiten. Wer mit 60 in Rente geht und noch keine 45 Jahre eingezahlt hat, zahlt höhere Abschläge.

Mit der Forderung, Politiker, Beamte und Selbständige in den Kreis der Beitragszahler zur gesetzlichen Rentenversicherung einzubeziehen, stimme ich nicht überein. Mit der Zahl der Beitragszahler steigen auch die Ausgaben. Insgesamt würden die demographisch bedingten Probleme der Rentenversicherung nur verschärft. Im Gegenteil: Wir Liberalen fordern einen Abbau der gesetzlichen und einen Aufbau der privaten Vorsorge.

Von verursachungsgerechten Beiträgen in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) halte ich nichts. Die Beiträge für chronisch Kranke würden unbezahlbar. Die Einführung eines Selbstbehalts hingegen unterstütze ich. Selbstbehalte in Verbindung mit dem Kostenerstattungsprinzip, bei dem jeder Patient eine Rechnung bekommt, schärfen das Kostenbewusstsein. Das Einfrieren und Auszahlen des Arbeitgeberbeitrags ist eine vernünftige Maßnahme, ebenso die Streichung versicherungsfremder Leistungen. Bessere Rahmenbedingungen für eine kinderfreundliche Politik sollten wir schleunigst schaffen, auch mit Blick auf die demographische Entwicklung und die Probleme der Sozialsysteme. Deshalb machen wir uns stark für flächendeckende Kinder-Betreuungsangebote und Steuerfreibeträge pro Kind. Eine vierköpfige Familie zahlt nach unserem Steuermodell bis zu einem Jahreseinkommen von 30.800 Euro keinen Cent Steuern.

Zu 6. Innovationsblockaden beseitigen

Julika Sandt: Forschung und Entwicklung werden Kernthemen einer Bundesregierung mit FDP-Beteiligung sein. Wir wollen ermöglichen, dass Forschungsergebnisse unbürokratisch und schnell in Produkte umgesetzt, angewendet, patentiert und publiziert werden.

Zu 7. Energie und Umwelt

Julika Sandt: Die FDP will Steinkohle-Subventionen abbauen und setzt auf einen breiten Energiemix. Erneuerbare Energien müssen stärker erforscht und genutzt werden. Zugleich fordern wir, dass Markt und Wettbewerb auch auf dem Energiesektor greifen.

Zu 8. Praxisnahe Ausbildung

Julika Sandt: Die innovativen Forderungen des BVMW für eine praxisnahe Ausbildung kann ich nur befürworten. Eine Verbesserung der Bildungschancen in allen sozialen Schichten hat für mich hohe Priorität. Die FDP hat hierzu, wie ich finde, hervorragende Konzepte vorgelegt. Beispielsweise sollen Kinder im vierten Lebensjahr einen Sprachtest absolvieren. Ab fünf gibt es ein verpflichtendes Vorschuljahr. In dieser so genannten Starterklasse werden die Kinder spielerisch ans Lernen herangeführt. Wer beim Sprachtest schlecht abgeschnitten hat, bekommt zusätzlichen Förderunterricht. So starten auch Kinder aus Migrantenfamilien mit guten Perspektiven in die Schule. Begabte haben die Möglichkeit, die Starterklasse zu überspringen.

Zu 9. Bildungsoffensive an Hochschulen

Julika Sandt: Für Deutschland ist Bildung der wirksamste Hebel, um den Arbeitsmarkt aus der Schiefelage zu bringen. Bund und Länder sollten den Schulen zwar viele Freiheiten lassen. Trotzdem sollte es für jede Jahrgangsstufe vergleichbare Standards geben. Wer von den Eltern im Job Mobilität verlangt, darf den Kindern keine Bildungs-Blockaden in den Weg stellen. Wir fordern kleinere Klassen und Hochschul-Autonomie. Studiengebühren sind ein Anreiz das Studium nicht unnötig in die Länge zu ziehen. Gleichzeitig werden sich die Universitäten besser um ihre Studenten kümmern, wenn sie sie als Kunden begreifen. Voraussetzung für die Studiengebühr sind ein funktionierendes Stipendienwesen und Bildungsdarlehen.

Zu 10: Gründungsklima verbessern

Julika Sandt: Auch wir Liberalen fordern bessere Rahmenbedingungen für Existenzgründer. Dazu wollen wir die Programme zur Förderung von Existenzgründungen straffen und entbürokratisieren.